

## Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 07.07.2015

### **Handwerk 4.0 - Auf Basis von Erfahrung und Tradition den Fortschritt ermöglichen!**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Das Handwerk bezeichnet sich selbst als „DIE WIRTSCHAFTSMACHT. VON NEBENAN.“ Durch über 80 000 Betriebe, mehr als eine halbe Million Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zehntausenden von Ausbildungsplätzen und Umsätze im Milliardenbereich allein in Niedersachsen wird dieses Selbstverständnis eindrucksvoll bestätigt.

Das Handwerk deckt zahlreiche Branchen wie Bau- und Ausbau, Fahrzeuge, Elektro und Metall, Holz, Bekleidung, Lebensmittel, Gesundheit und Körperpflege, Glas, Keramik und Papier ab, findet sich in vielen attraktiven Ausbildungsberufen wieder und bildet nebenbei auch noch in kaufmännischen Berufen aus. Das Handwerk ist Jahrhunderte alt und erfahren, ist universell aufgestellt und findet täglich in unser aller Leben durch die Herstellung von Produkten oder die Erbringung von Dienstleistungen statt. Ohne Handwerk wäre unser Alltag nicht vorstellbar. Das Handwerk ist damit ein Stück Lebensqualität!

Der Blick in die Zukunft, z. B. die demografische Entwicklung oder die Akademisierung der Berufsausbildung, und aktuelle politische Entscheidungen, z. B. die Rente mit 63, gesetzliche Mindestlöhne oder die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge, machen es dem Handwerk in Deutschland zusehends schwerer. Deshalb sind dringend politische Weichenstellungen erforderlich, die das Handwerk entlasten.

Das strategische Ziel der dringend erforderlichen Entlastungen und der flankierenden Maßnahmen sind Erleichterungen für das Handwerk, sodass die Zukunftsfähigkeit des Handwerks qualitativ und in der Fläche gewährleistet ist und somit unser aller Lebensqualität bei Produkten und Dienstleistungen gesichert wird.

Die Maßnahmen spiegeln einen Ansatz wieder, der die Entbürokratisierung und steuerliche Erleichterung im Firmenalltag, die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Branchen einschließlich Wirtschaftsförderung, die Berufsaus- und Berufsweiterbildung einschließlich der Kooperation mit Fachhoch- und Hochschulen, die demografische Entwicklung und die Internationalisierung umfasst.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich im Bundesrat für eine Initiative „Handwerk 4.0 - Digitalisierung im Handwerk“, ähnlich der Initiative des BMWi und des BMBF (<http://www.bmbf.de/de/9072.php>, <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Industrie/industrie-4-0.html>) einzusetzen,
2. sich für die steuerliche Gleichbehandlung von kommunalen und privaten Betrieben einzusetzen, damit kommunale Betriebe keine Steuerprivilegierung bei der sogenannten interkommunalen Zusammenarbeit erhalten,
3. sich für die Änderung des Fälligkeitstermins zur Abführung der Sozialversicherungsbeiträge einzusetzen, damit Handwerksunternehmen nicht mehr durch den doppelten Abrechnungsaufwand belastet werden,

4. sich bei der erforderlichen Neuregelung des Erbschaftssteuerrechts für eine verfassungskonforme, handwerksfreundliche, betriebs- und arbeitsplatzsichernde Lösung, z. B. im Sinne der Drucksache 17/3121, einzubringen,
5. die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Handwerk zu stärken, um die Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler weiter zu stärken,
6. Maßnahmen zu ergreifen, damit Studienaussteiger die Chancen im Handwerk vermittelt bekommen und der Übergang von einer vorzeitigen Exmatrikulation in eine Ausbildung erleichtert wird,
7. im Rahmen der beruflichen Weiterbildung von exmatrikulierten abschlussfreien Studenten die Möglichkeiten und Potenziale des Handwerks als Berufsfeld in den Fokus zu stellen,
8. im Rahmen der beruflichen Weiterbildung von Arbeitslosen die Förderung in Richtung eines Berufsabschlusses im Handwerk stärker zu berücksichtigen,
9. sich auch im Sinne des Handwerks für eine schnellere Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt einzusetzen, z. B. durch den Ausbau der Sprachkursangebote, die Abschaffung der Vorrangprüfung und des Arbeitsverbots, einen Abschiebestopp für Flüchtlinge in Ausbildung und weitere Maßnahmen wie in Drucksache 17/3119 gefordert,
10. auch im Bereich des Handwerks eine innovative Gründungskultur, z. B. in Anlehnung an die Drucksache 17/3533, zu initiieren und zu unterstützen,
11. Forschungsaktivitäten im Handwerk zu unterstützen und sich für die steuerliche Absetzbarkeit der Kosten, z. B. durch eine Bundesratsinitiative, einzusetzen,
12. sich für die Entbürokratisierung und für Erleichterungen für das Handwerk, z. B. bei Meldepflichten, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten und bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, die unter das rot-grüne Tariftreue und Vergabegesetz fallen, spürbar einzusetzen,
13. sich mit Nachdruck in den Bereichen energetische Sanierung, Elektromobilität, Bau von Infrastrukturen (Straßen, Rad- und Wasserwege, Breitband usw.) und bei den erneuerbaren Energien für Erleichterungen im Sinne einer kontinuierlichen Auftragsanbahnung und -vergabe zu engagieren,
14. bei anlasslosen Kontrollen keine Kontrollgebühren zu erheben,
15. jegliche Überlegungen einer sogenannten Tourismusabgabe oder sonstiger weiterer Zwangsabgaben und Belastungen zu unterlassen und
16. sich für die Einrichtung von Handwerkerstellplatzflächen an Werktagen in Ballungsgebieten und Innenstadtlagen einzusetzen.

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer